



Krings-Brief vom 20. Januar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem ersten Krings-Brief im Jahre 2017 wünsche ich Ihnen zunächst ein gutes neues Jahr! Dieses Jahr wird geprägt sein von Wahlkämpfen und von politischen Richtungsentscheidungen. Aber es steht auch im Schatten des fatalen Terroranschlags auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz, der das letzte Jahr auf traurige Weise beschlossen hat. Vor einem Monat, am 19. Dezember 2016, haben 12 Menschen ihr Leben verloren, über 50 wurden verletzt. Gestern wurde im Deutschen Bundestag nochmals den Opfern gedacht. Der Terroranschlag steht in einer Reihe von Anschlägen, denen zuletzt in Istanbul, Bagdad und Jerusalem unschuldige Menschen zum Opfer fielen. Der Anschlag mitten in Berlin hat gezeigt, dass Deutschland ebenso Zielscheibe der Terroristen ist. Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass wir in Europa besser und effektiver in sicherheitspolitischen Fragen zusammenarbeiten müssen, denn wir sind Teil eines gemeinsamen Gefahrenraums, der im Fadenkreuz des islamistischen Terrors steht.

Sicherheitsarchitektur

Als parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern habe ich in diesen Wochen neben dem Bundesinnenminister de Maizière in verschiedenen Gremien über den Terroranschlag und die notwendigen Konsequenzen gesprochen. Die Sicherheitsbehörden, der Generalbundesanwalt und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben gemeinsam eine minutiöse Chronologie zum Behördenhandeln um die Person des Attentäters Anis Amri erstellt, die man auf der Seite des Bundesinnenministeriums herunterladen kann. (Link: [Chronologie](#))

Wichtig zu wissen ist, dass alle ausländer- und aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen im Fall Amri eigenständig über Ausländerbehörden des Landes NRW bzw. das Landesinnenministerium NRW liefen. Dem Bund steht gegenüber den Ländern und Kommunen in aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten kein Weisungs- oder Aufsichtsrecht zu. Insgesamt aber zeigt dieser Fall wie in einem Brennglas die Probleme, die die Länder, aber auch der Bund in den Jahren 2015 und 2016 bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise hatten. Die meisten der

Mängel sind inzwischen zumindest für Neuzugänge aber auch zu einem großen Teil in der rückwirkenden Aufarbeitung beseitigt. Ich nenne nur die flächendeckende Einführung eines Flüchtlingsausweises mit einer zentralen Datenbank. Aber nach einem so furchtbaren Anschlag in Berlin und wegen der andauernden Gefährdungslage, müssen wir weitere Reformen angehen.

Anfang Januar hat der Bundesinnenminister daher ein Konzept zur Reform der Sicherheitsarchitektur in Deutschland vorgelegt, die noch aus der Zeit unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg stammt und damit stark von den Siegermächten geprägt wurde. Schon im Unterschied zum Terror der RAF in den 70er Jahren, der einzelne Personen, insbesondere Repräsentanten des Staates, als Anschlagziele identifizierte, richtet sich der Terror des 21. Jahrhunderts gegen die Gesellschaft als Ganzes – potentiell gegen jeden Einzelnen von uns. Personenschutzmaßnahmen sind daher nicht mehr zielführend, sondern nachrichtendienstliche Informationen sind notwendig, um dieser Gefährdungslage angemessen zu begegnen. Damit der Staat seiner Aufgabe, die Bürger vor Gewalt und Terror zu schützen, gerecht werden kann, muss die Sicherheitsarchitektur verändert und an die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen angepasst werden. Dazu gehört vor allem auch, dass die Sicherheitsbehörden der Länder besser und effektiver mit dem Bund zusammenarbeiten und der Bund mehr Durchgriffsrechte erhält, d.h. vor allem auch bei nationalen Katastrophen eine Führungs- und Koordinierungsrolle übernehmen kann.

Die Residenzpflicht der Asylbewerber muss endlich konsequent durchgesetzt werden, vor allem bei denjenigen, die über ihre Identität getäuscht haben. Auch die Einführung von Transitzonen für einreisende und genauso abgelehnte Flüchtlinge und Asylbewerber würde einen erheblichen Sicherheitsgewinn bedeuten. Im Übrigen muss zur Identitätsfeststellung auch die Datenauslese des Handys erlaubt sein, wenn Flüchtlinge ohne Ausweisdokument, aber mit Mobiltelefon einreisen. Mit Hilfe einer elektronischen Fußfessel soll außerdem die Arbeit der Polizei bei der Überwachung von Gefährdungen erleichtert werden. Dazu sind nicht nur Änderungen im Bundeskriminalamt-Gesetz, sondern vor allem auch in den Landespolizeigesetzen erforderlich, um einheitliche Regeln zu schaffen.

Viele der Maßnahmen, die der Bundesinnenminister jetzt vorgestellt hat, wurden von der Union bereits vor dem Anschlag gefordert, sind jedoch an den fehlenden Mehrheitsverhältnissen im Parlament gescheitert. Man kann nur hoffen, dass der Anschlag beim Koalitionspartner und den Oppositionsfraktionen für die Einsicht sorgt, dass der Gesetzgeber die Pflicht hat, dort nachzubessern, wo sich Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht nur aufgrund des fehlenden Vollzugs bestehender Gesetze ergeben!

Gegen Hasskommentare im Netz

Wir sind in den letzten Wochen und Monaten vermehrt mit der Problematik von Falschmeldungen und Hasskommentaren im In- und Ausland konfrontiert worden. Die Unionsfraktion hat daher am vergangenen Mittwoch ein Fachgespräch mit Vertretern der sozialen Netzwerke geführt, um zu diskutieren, wie die Betreiber sozialer Medien ihrer Mitverantwortung in Bezug auf die neuen Möglichkeiten der Kommunikation gerecht werden können.

Die Unionsfraktion fordert hier zurecht eine Festschreibung klar formulierter Mindeststandards, die eine schnelle Übersicht über die Rechte Betroffener sowie die Pflichten der Plattformbetreiber ermöglicht. Nötigenfalls müssen dafür die im Telemediengesetz vorgesehenen Regelungen verschärft werden. Neben der Möglichkeit, Falschmeldungen auf Plattformen wie Facebook und Twitter von echten Meldungen mittels einer verbesserten Meldefunktion unterscheiden zu können, ist für die von Schmähungen und Hasskommentaren betroffenen Opfer wichtig, dass Ansprechpartner leicht zu erreichen sind und die Beschwerdestellen zügig reagieren. Nötigenfalls mittels empfindlicher Strafzahlungen, wenn Netzwerke nicht innerhalb von 24 Stunden auf Hinweise zu Persönlichkeitsrechtsverletzungen reagieren. Hier sind die Plattformbetreiber bislang nicht genug in die Pflicht genommen worden.

Doch auch im Hinblick auf das Wahljahr 2017 wird uns das Thema der Falschmeldungen weiter beschäftigen. Nicht nur aus Anlass der alarmierenden Schlagzeilen um eine mögliche Einflussnahme Russlands auf den Ausgang der US-Präsidentenwahl durch Untergrabung des Vertrauens der Öffentlichkeit in demokratische Prozesse und das Ansehen der demokratischen Kandidatin sind wir gewarnt, uns gegen Manipulationsversuche im Bundestagswahlkampf zu wappnen. Wir werden uns auf die Verbreitung und gezielte Nutzung von erfundenen Meldungen für politische Zwecke einstellen müssen. So hat der Bundestagspräsident vor kurzem eindringlich an alle Anhänger der Parteien und Kandidaten appelliert, dass der Verzicht auf die Verbreitung von Falschmeldungen im Internet als Mindestangebot im Wahlkampf begriffen werden sollte. Dies halte ich für einen wichtigen Aufruf, denn es geht hierbei um eine Debattenkultur, der grundlegende Bedeutung für jede Demokratie zukommt und deren Bewahrung in unser aller Interesse steht.

Schirmherrschaft für mehr Medienkompetenz

Hasskommentaren und falschen Nachrichten kann und muss von Seiten der Betreiber der sozialen Plattformen begegnet werden. Doch noch wichtiger ist gute Medienkompetenz der Nutzer, also von uns allen. Deshalb ist es wichtiger denn je, dass schon junge Menschen sich an Regeln wie Rücksichtnahme und gegenseitige Wertschätzung orientieren.

Die Vermittlung eines „Medienknigge“ ist nur einer von vielen Workshops, die im Rahmen der digitalen Projektwoche in der kommenden Woche am Hugo-Junkers-Gymnasium angeboten werden. Ich freue mich, als Schirmherr des sogenannten „Smart-Camps“ agieren zu dürfen, denn neben Respekt im Netz in all seinen Facetten werden hier einerseits praktische Tipps zum erfolgreichen Umgang mit sozialen Medien gegeben, zum anderen aber auch Fallstricke und Gefahren wie „Live-Hacking“ (Dritte ziehen persönliche Daten aus dem Internet) und „Cyber-Mobbing“ (Diffamierung und Belästigung im Internet) aufgezeigt. Das Camp ermöglicht, mit interneterfahrenen jungen Trainern die rasante Entwicklung der digitalen Angebote besser aufzufangen als es Lehrpläne und Schulen können.



Deshalb unterstütze ich dieses Projekt gern, denn der sichere Umgang mit sozialen Medien ist heute nötiger denn je.

Herzliche Grüße

Ihr Günter Krings



Sagen Sie mir Ihre Meinung.
Besuchen Sie mich auf facebook.

(hier klicken!)